

Herr Puffe erklärte, dass sich der Arbeitskreis und weitere Gremien intensiv mit dem Thema beschäftigt hätten. Seitens der CDU-Fraktion habe man einen Antrag dazu gestellt. Hier würde vorgeschlagen, dass von einem Stellplatz auf 1,5 Stellplätze erhöht würde. Bei der CDU-Fraktion vertrete man die Auffassung, dass man dies in Konsequenz auch bei dem geförderten Wohnungsbau machen müsse. Weiterhin gäbe es Bedenken bei der Erhöhung von Stellplätzen für Fahrräder. Daher würde die CDU-Fraktion hier dagegen stimmen.

Herr Metz sagte, dass es erfreulich sei, dass es eine geänderte Rechtslage gäbe und der Stadt ermögliche, ihre eigenen Regelungen zu machen und nicht mehr landesweit einheitliche Regelungen gelten würden. Insgesamt würde man bei den Kfz-Stellen von bisher 1 Stellplatz auf 1,5 Stellplätze gehen würde. Es müssten mehr Kfz-Stellplätze durch Bauherren geschaffen werden als vorher. Von der CDU sei bei den Fahrradstellplätzen das Argument gebracht worden, dass keine zu hohen Vorgaben gemacht werden sollten, da dies das Bauen verteuern würde. Die Regelung der Kooperation würde den Stellplatzdruck verringern und das Bauen nicht verteuern.

Herr Puffe erwiderte, dass von der CDU so in der Form das Argument nicht gebracht wurde, dass mehr Stellplätze für Fahrräder das Bauen verteuern würde.